

China redet über Reformen

In Peking tagt der Nationale Volkskongress bis Mitte März. Seite 3

Jetzt ist Schulz!

Oskar gegen Martin

Der Saarländer Lafontaine lässt kein gutes Haar am SPD-Mann. Seite 6

Das Kino der Zukunft

Neue Science-Fiction-Filme und alte Leiern. Seite 13

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 3. März 2017

72. Jahrgang/Nr. 53

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kairo – der stabile Partner

Roland Etsel zum Besuch der Kanzlerin in Ägypten

Kanzlerin Merkels Wunschthemen für ihre Ägypten-Reise – jedenfalls jene, die veröffentlicht wurden – wären eine »mission impossible« gewesen. Aber so wörtlich hatten das wohl beide Seiten nicht verstehen wollen. Was immer man sich am Donnerstag salbungsvoll an Problemverständnis und Kooperationsbereitschaft bescheinigte: Am Ende wird Ägypten keine Auffanglager in der von Deutschland gewünschten Größenordnung einrichten, um Migranten von der Überfahrt via Libyen übers Mittelmeer abzuhalten. Schon gar nicht werden diese »Lager« die von Merkel blauäugig verlangten humanitären Standards haben.

So genau wird man das in Berlin auch gar nicht überprüfern wollen. Darauf wird im Zweifelsfall schon die in beachtlicher Stärke nach Kairo mitgereiste Wirtschaftslobby achten. Deren Klientel möchte am Nil gewinnbringend investieren.

Zwar ist der ägyptische Staat auch und erst recht unter Sisi notorisch pleite, aber wie das Beispiel des in Rekordzeit gebauten zweiten Suezkanals zeigt, kann der Präsidentengeneral für seine hochfliegenden Pläne jederzeit mit Dollarmilliarden von den arabischen Monarchien rechnen. Tunnel, Tourismuszonen, gar eine neue Hauptstadt – da möchten deutsche Großunternehmen – im Idealfall bequem mit Hermes-Krediten abgesichert – einen fetten Happen abbekommen. Diktatur hin oder her: Hier zählt zuerst Stabilität. Über Demokratie und Menschenrechte kann man ja ein andermal wieder reden.

UNTEN LINKS

Ob Martin Schulz manchmal ein bisschen angst und bange wird? Oder ist der Ex-Europapolitiker tatsächlich überzeugt, das Kanzleramt im September erobern zu können? Erfahrung genug hat der 62-Jährige eigentlich, um die Geheimnisse politischer Paternosterfahrten zu kennen. Erst sah es so aus, als habe ihn sein Nachpartei-Loch geschoben, weil die Aussichten für die seit Jahren siechende SPD alles andere als rosig waren. Doch nun wird Schulz von den Basisgenossen wie ein Messias gefeiert, die Umfragewerte schnellen nach oben und seinetwegen sind in fünf Wochen 10 000 Menschen in die SPD eingetreten. Eine einzige und noch dazu ziemlich schwurbelige Bemerkung zur etwaigen Milderung der Agenda-Folgen reichte, dem sozialdemokratischen K-Kandidaten die Herzen vieler Wähler zu öffnen – und den politischen Gegner wie die mächtige Wirtschaft drohend auf den Plan zu rufen. Ob Martin Schulz manchmal nicht doch ein bisschen angst und bange wird? oer

Macron droht mit Sozialreformen

Aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat will »kompletten Umbau« Frankreichs



Kampagne zur Wahlbeteiligung: Ein französischer Gastwirt posiert mit seiner Stimmkarte.

Foto: AFP/Philippe Huguen

Berlin. Der französische Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron hat im Fall eines Wahlsiegs einen »kompletten Umbau« des Landes versprochen. Der aussichtsreiche Mitte-Kandidat stellte am Donnerstag in Paris sein sozialliberales Wahlprogramm vor, das unter anderem Reformen der Arbeitslosenversicherung und des Rentensystems vorsieht. »Wir versöhnen in diesem Projekt Freiheit und Schutz, das war von Anfang an der rote Faden«, sagte der 39-Jährige. Der Ex-Wirtschaftsminister gilt als Favorit für die Präsidentschaftswahl: Laut Umfragen würde er es nach jetzigem Stand in die Stichwahl vom 7.

Mai schaffen und dort die rechtsextreme Front-National-Chefin Marine Le Pen schlagen. Politische Gegner werfen Macron aber bislang vor, nur sehr vage Vorschläge zu machen. Macron will jetzt die Staatsausgaben um 60 Milliarden Euro senken. Er will rund 120 000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen, zugleich sollen aber 10 000 Polizisten und 4000 bis 5000 Lehrer neu eingestellt werden.

Derweil hat das EU-Parlament die Immunität der Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen wegen der Verbreitung dschihadistischer Gräuelfotos aufgehoben. Die Abgeordneten gaben am Donnerstag einem Antrag der fran-

zösischen Justiz statt. Damit ist der Weg frei für ein mögliches Ermittlungsverfahren gegen die Europaabgeordnete und Vorsitzende der Front National. Le Pen sprach von »politisch« motivierten Ermittlungen gegen sie.

Frank Baasner vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg glaubt nicht, dass Le Pen Präsidentin wird. Zwar habe die FN-Chefin ein stabiles Wählerpotenzial von etwa sieben Millionen, so Baasner gegenüber »nd«. Die Mehrheit der Franzosen wisse jedoch, dass viele Aussagen und Vorhaben Le Pens Frankreich schaden und das Land isolieren würden. Agenturen/nd Seite 2

Berlin wünscht sich Sammellager in Ägypten

Flüchtlinge im Mittelpunkt von Merkels Ägypten-Besuch / Opposition protestiert / Wirtschaft wiegelt ab

Bundeskanzlerin Merkel war am Donnerstag in Kairo Gast des ägyptischen Präsidenten. Es ging um Flüchtlinge und Wirtschafts-kooperation. Die Opposition dürfte enttäuscht sein.

Von Roland Etsel

Das deutsch-ägyptische Verhältnis ist belastet. Der Kairoer Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi hat vor vier Jahren als Chef des ägyptischen Militärrates das einzige frei gewählte Staatsoberhaupt der ägyptischen Geschichte weggeputscht und zum Tode verurteilt. Vorhaltungen, gar Proteste aus Berlin hat es deshalb nicht gegeben. Dennoch hatten deutsche Organisationen Repressionen zu erleiden – selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese soll nun wieder zugelassen werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ging es nach eigener Aussage aber um Wichtigeres. Ägypten

sollte dafür gewonnen werden, Flüchtlinge aus anderen Staaten auf seinem Territorium von der Überfahrt übers Mittelmeer abzuhalten und sie nach Möglichkeit in Sammellagern zu konzentrieren. Aus dem Umfeld Merkels wurde mitgeteilt, es gehe auch um die Rückführung von Flüchtlingen, Finanzhilfen für deren bessere Lebensbedingungen in Ägypten, den Kampf gegen Schleuser, die Unterstützung für den Aufbau eines eigenen Asylsystems und Zusammenarbeit beim Grenzschutz.

Im Wesentlichen sind diese deutschen Vorstellungen ähnlich denen, die im Flüchtlings-Deal mit der Türkei gelten. Für besonders realistisch werden sie nicht erachtet, selbst wenn ihnen von ägyptischer Seite nicht direkt widersprochen wurde. Vor allem die deutsche Wirtschaft, die in der Delegation nach Kairo gut vertreten war, möchte jedoch bei der Verteilung ägyptischer Großaufträge nicht zu kurz kommen und

macht sich für jegliche Art von »Kooperation« in der Flüchtlingsfrage stark. Man scheut sich auch nicht vor überschwänglichem Lob. Sisi wolle sein Land wirtschaftlich voranbringen und unterstützte Investoren, wirbt der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, gegenüber dpa für eine Politik, jegliche Kritik an der ägyptischen Führung zu unterlassen. Sisi stehe für Stabilität in dem großen Chaos in der Region von Libyen bis Syrien, so Steiger.

Das sieht die deutsche Opposition gänzlich anders. Die vermeintliche Stabilität des Landes gründet sich nach Einschätzung der Grünen-Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner auf die Unterdrückung der Bürger durch die Regierung. Sisi könne nicht der Partner sein für ein Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge. Heike Hänsel (LINKE), Mitglied der deutsch-ägyptischen Parlamentariergruppe, spricht sich dagegen aus, den »Erdogan-

Deal« als Blaupause für weitere Flüchtlingsabkommen nun in Ägypten anzuwenden.

Dagegen steht, dass die EU-Kommission am Donnerstag in Brüssel mehr und schnellere Abschiebungen von den Mitgliedstaaten der EU verlangte. Der griechische Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos stellte einen Aktionsplan vor, »um die Rückkehrquoten wesentlich zu erhöhen.« Seite 7

Lesen Sie morgen im wochen-nd

IT-Kaderschmiede: Start-ups in Sibirien

Kämpfendes »Ich«: Ingeborg Bachmann

Unheimlich strahlend: Tödliche Sonnenstürme

ISSN 0323-3375

